

Wohnst du noch in deiner Wohnung oder bist du schon beim Umzug?

Pressekonferenz gegen Zwangsumzüge 20.3.2006 Berlin

Ellen Diederich, Erwerbslosennetzwerk NRW,

Wohnen,

das sind nicht zu einem Quadrat gemauerte Steine, mit Tapeten bezogen, die beliebig gewechselt werden können.

Wohnen,

das ist in den 15 Jahren, in denen ich hier lebe, die Umwandlung einer grauen Betonlandschaft im Hof in eine grüne Oase, das Abtrotzen von 3 qm Garten, ist die Linde, die in dieser Zeit 10 m höher gewachsen ist,

ist - mit Einverständnis des Vermieters - die Bemalung des Hauses mit Hilfe eines chilenischen Wandmalers mit präkolumbianischen Zeichen am 12. Oktober 1992. Das war der 500ste Jahrestag der Columbus Landung in den Amerikas, mit der der größte Völkermord der Geschichte begann: Die Vernichtung der UreinwohnerInnen der Amerikas. Etwa 20 Millionen Menschen sind ermordet worden,

sind die Kinder der Anne Frank Schule auf der anderen Straßenseite,

sind FreundInnen, die auf dem Weg zum Einkauf auf einen Kaffee vorbeikommen,

ist das Spruchband im Fenster: Kein Krieg, Nirgends,

sind die Erinnerungen an all die Aktionen gegen Krieg, für eine gerechtere Welt, die von diesem Hof ausgingen, die LKW's, die voll beladen mit Kleidung, Lebensmitteln,

Medikamenten zu den Flüchtlingslagern in Kroatien und Bosnien gefahren sind,

sind die Tage mit den Kindern aus allen Flüchtlingsunterkünften, die wir hier her geholt, mit ihnen gespielt und gesungen haben,

ist Erinnerung an Essen mit FreundInnen, an Gäste aus vielen Ländern,

ist aus der ganzen Welt zusammengetragenes gelebtes Leben, sind Bücher, Musik, Fotos, Filme, Kunst,

ist Erinnerung an die lange Krankheit der besten Freundin, die Nächte des Vorlesens, um ihre Schmerzen vergessen zu machen und ihren Tod.

Seit dem 10. Januar 2006 ist es anders.

Ich bin eine von 5 Millionen Menschen, die erwerbslos sind, ich weiß, was das Wort Hartz IV bedeutet.

Ich bin einer von ca. 700.000 Menschen in Deutschland, die einen Brief von einer Arbeitsagentur bekommen haben:

Ihre Wohnung ist zu groß, zu teuer.

In 6 Monaten soll ich die Kosten senken:

Mit dem Vermieter verhandeln, dass er die Miete reduziert, und/oder

Fenster abdichten, Isolierungen einbauen, um Heizkosten zu sparen. Das geht wunderbar von 345 Euro Hartz IV im Monat. oder

ich soll Untermieter aufnehmen, oder
ich soll in eine „angemessene“ Wohnung einziehen: 45 qm, 216 € Miete als Obergrenze.

Jeden Monat soll ich einen Nachweis über meine Anstrengungen einreichen.

Ziehe ich nicht um, werden nach 6 Monaten nur noch die Kosten übernommen, die ich hätte, wäre ich denn umgezogen.

Seit diesem Brief heißt Wohnen:

Nächte ohne Schlaf, Erhöhung der Stromkosten, weil Radio oder Fernsehen laufen, um die bohrenden Gedanken zu übertönen. Wenn ich mal einschlafe, wache ich auf, weil Wellen von Angst durch den Körper gehen. Ich träume, dass ich losfahre mit einem Ziel, aber nie dort ankomme, sondern immer irgendwo lande, wohin ich gar nicht will, ich fahre ans Meer und kann es nicht erreichen. Phantasien von Vertreibung, Flüchtlingsdasein, Obdachlosigkeit geistern durch die Träume. Ich, die ich so gut wie nie krank war, bin mit einem Mal dauernd krank, Blasenentzündungen, (die Psychologie definiert Blasenentzündungen als die ungeweinnten Tränen), dauernde Erkältungen, jetzt eine Gürtelrose.

Umzugsvisionen. Wohin mit den vielen tausend Büchern? Angst vor der Enteignung des gelebten Lebens.

Die Wut wächst.

Die Erfahrung heißt aber auch, sich mit anderen zusammen zu schließen, die in ähnlicher Lage sind. Zurzeit versuchen wir, ein NRW-weites Netzwerk aufzubauen, die Grundidee ist:

Statt Ich-AG's - Wir Kollektive.

Bei unseren regelmäßigen Treffen, Veranstaltungen und Aktionen machen wir unter anderem Bestandsaufnahmen.

Nordrhein-Westfalen

Wie viele der Aufforderungen insgesamt verschickt worden sind, wissen wir nicht. Das Arbeitsministerium hat alle ARGEN (das gute deutsche Wort: arg ist hier enthalten) beauftragt, genaue Erhebungen zu machen.

Harald Thomé von der Wuppertal Gruppe Tacheles hat das, was nach dem so genannten „Informationsfreiheitsgesetz“ möglich ist, einen Antrag zu stellen, um diese Informationen zu bekommen, gemacht. Bislang sind die Informationen verweigert worden. Es laufen Einsprüche beim Datenschutzbeauftragten und ein Widerspruch auf der juristischen Ebene.

Wir recherchieren in verschiedenen Städten. Ich lebe in Oberhausen.

**„Stehsse auf'm Gasometer im Sturmesbrausen -
Und alles, wasse siehs, is: Oberhausen“ (Misfits)**

Oberhausen: SPD Hochburg seit dem 2. Weltkrieg.

„Unser Oberhausen befindet sich im Gegensatz zu anderen Städten des Ruhrgebietes in einer ausgezeichneten Ausgangssituation. Wir haben es in Oberhausen geschafft, die notwendigen Voraussetzungen sozial gerecht, aber auch mutig voranzubringen: Gewährung sozialer Sicherheit, Entwicklung neuer wirtschaftlicher Dynamik. Oberhausen ist eine visionäre und soziale Stadt, in der bodenständige Menschen den Blick auf die Realität nicht verlieren.“ (aus dem Programm der SPD Oberhausen)

Oberhausen: 220.000 EinwohnerInnen

17.8% Erwerbslosigkeit. 24.488 Menschen müssen von Hartz IV leben.

In Oberhausen wird Zehntausenden Menschen durch Erwerbslosigkeit, verschärft durch die Agenda 2010 und Hartz IV, der Boden unter den Füßen weggerissen. Sie werden ausgegrenzt.

Die Pariasierung der Gesellschaft schreitet voran.

Es gibt 11 Ausgabestellen der „Tafel“. Im sozialen Brennpunkt Knappenviertel leben 40% der Kinder unterhalb der Armutsgrenze.

1.700 Aufforderungen, die Kosten der Unterkunft zu senken, sind verschickt worden.

Aktion gegen die Vertreibung aus den angestammten Wohnungen:

Am 12. 9. 2005 verhandelte der Rat der Stadt über die Kosten der Unterkunft.

Wir, Menschen, die sich bei der Montagsdemo engagieren und aus verschiedenen NRW Städten, machten vor dem Rathaus eine Aktion. Wir stellten Parkbänke vor den Rathaustüren auf, legten uns in Schlafsäcken darauf und fragten, ob das die zukünftigen Wohnungen für Erwerbslose sein werden.

Unsere Recherche hatte ergeben: Pro Monat werden etwa 4 Wohnungen angeboten, die den Kriterien der ARGE entsprechen. Ob die Vermieter Langzeiterwerbslose als Mieter nehmen werden, ist fraglich.

In der Ratsversammlung stellten Linkspartei und Grüne Anträge gegen die Umzugsaufforderungen.

Der Fraktionschef der SPD, Große-Brömer, sagte am Ende der Debatte:

„Der Rat wolle keine Massenumzüge, erst recht nicht, wenn es keine passenden Angebote gäbe“.

Dennoch sind 1.700 Aufforderungen verschickt worden.

(Dokumentiert ist die Aktion in Bild und Text unter: www.Arbeiterfotografie.com, Oberhausen, Sept. 2005) Ein großes Danke an die Arbeiterfotografie für ihre kontinuierliche Arbeit.

Die örtliche und überregionale Presse haben gut in unserem Interesse berichtet. In den folgenden Tagen gab es eine Reihe von Interviews mit DGB, Caritas etc. über die soziale Lage in Oberhausen.

NRW insgesamt:

Orientierung an Mietspiegeln, die 8 - 10 Jahre alt sind. In Herne und Bochum an Mietspiegeln von 1965. Die Höhe der Miete und die qm, die uns zur Verfügung stehen, sind unterschiedlich in den verschiedenen Städten.

Recklinghausen

Der „angemessene“ qm Preis liegt bei 4.80 Euro. Alleinstehende haben das Recht auf eine Wohnung von maximal 45 qm. Der Höchstbetrag für Mietkosten also 216.00 € - Grundmiete, kalt, ohne Nebenkosten. Im Kreis Recklinghausen sind 3.000 Aufforderungen zur Kostensenkung verschickt worden. Nach Protesten und Unterschriftensammlung der Montagsdemo Recklinghausen, einem Gespräch mit dem Landrat Jochen Welt - unter Einschaltung der Presse - wurde von dort versprochen, die „Angemessenheit“ noch einmal zu überprüfen.

Herne und Bochum

Als „angemessen“ gilt ein qm Preis von 5.11 € (Grundlage ist der Mietspiegel von 1949 bis 1965). Im ersten Schritt sind 1.500 Kostensenkungsaufforderungen verschickt worden. Hier wird versucht, die möglichen Proteste gering zu halten, indem man die Aufforderungen nicht in einem Rutsch verschickt, sondern zeitversetzt in mehreren Schritten. - Siehe auch Mülheim/Ruhr.

Die Forderung hier ist die nach gültigen Richtlinien, damit kein(e) einzelne® SachbearbeiterIn ohne Rechtsgrundlage entscheiden soll.

Dortmund

Hier gibt es ca. 38.500 so genannte Bedarfsgemeinschaften. Hier wird als „angemessen“ für eine allein stehende Person 276 Kaltmiete (diese Mal inklusive Nebenkosten) angegeben. In einem ersten Schritt sind hier ca. 1.000 Kostensenkungsaufforderungen ergangen.

Betroffen sind nicht nur ALG II EmpfängerInnen, sondern auch RentnerInnen (Alle EmpfängerInnen von „Transferleistungen“) Den Nachweis über das Vorhandensein angemessener Wohnungen bleibt die Stadt schuldig.

Köln

Hier zeigt sich deutlich, welche Prozesse zurzeit bei den ARGes laufen: Tests und Datensammlungen, um die Leistungsfähigkeit der ARGEN in Bezug auf die Kostensenkung zu ermitteln, das so genannte „Benchmarking“ erzeugt Konkurrenzdruck auch unter den Städten.

Auch in Köln bekommen die Hartz IV Betroffenen Aufforderungen, die Wohnungskosten zu senken.

In Köln gibt es nach wie voreinen großen Wohnungsmangel. Nun sollen 381 Wohnungen, in denen vor kurzem noch an die 1.000 Menschen gelebt haben, um jeden Preis zerstört und platt gemacht werden, um Parkplätze für die Messe zu schaffen.

Die Kosten dieser Vernichtung summieren sich auf etwa 100 Millionen Euro. Das ist eine sinnlose Verschwendung ohne Gleichen. Die Wohnungen sind Teile der Häuser, zum Teil Gründerzeitbauten, zum Teil in den 50er Jahren entstanden. Viele der Gebäude stehen unter Denkmalschutz. Es sind völlig intakte, solide Wohnungen.

Am 18.2.2006 fand eine Demonstration gegen Zwangsumzüge und Wohnraumzerstörung statt. Seit dem 4. März protestieren etwa 60 HausbesetzerInnen gegen den bevorstehenden Abriss, sind viele der Wohnungen besetzt.

Aus einem Brief der BesetzerInnen:

Liebe Leute,

Die Barmer Siedlung ist seit anderthalb Wochen besetzt. Die Presse berichtet positiv. Die ablehnende Haltung der Parteien beginnt aufzuweichen. Die Behauptungen, sie wurden auch von der Fraktionsvorsitzenden der Grünen, Moritz, übernommen, treffen nicht zu.

Viele Menschen konnten sich durch Augenschein überzeugen, dass die Sanitäreinrichtungen keineswegs „abgebaut“ sind. Oft würde ein „durchfegen“ genügen, um dort einzuziehen.

Auch stimmt es nicht, dass die Häuser „nachhaltig für Wohnen nicht geeignet seien“. Mit diesem Argument müsste halb Köln abgerissen werden. Weiter stimmt es nicht, dass die Abrissarbeiten bereits vergeben seien, denn es besteht Uneinigkeit zwischen dem alten Eigentümer (Erbbauverein) und der Stadt über die Vergabe der Arbeiten.“

Das Netzwerk NRW hat sich Ziele gesetzt:

Qualifizierung der Betroffenen in rechtlichen Fragen,

Selbstorganisation, um die Lage lebbar zu machen:

Sozialkaufhäuser, Aufbau von Gemeinschaftseinrichtungen, -wohnungen,

Tauschringe, Forderung nach Flächen für den Anbau von Nahrung, Volksrestaurants und Essensversorgung in den Schulen, in denen zu erschwinglichen Preisen gutes Essen serviert wird, kostenlose Nutzung des ÖPNV, kostenlose Beteiligung an kulturellen und sonstigen Veranstaltungen,

kostenlose Schulmaterialien für die Kinder,

Aktionen und die Entwicklung von politischer Strategie und Kultur, Lobbyarbeit,

Ellen Diederich